

Auch Rats-FPD lehnt Fernwärmezwang ab

Fraktionsvorsitzender Kreßner: Anschluss wäre Willkür

Der Kreisverband der FDP Braunschweig hatte sich bereits gegen Fernwärmezwang in der Innenstadt ausgesprochen. Nun folgt auch die Rats-FDP. Vorsitzender Daniel Kreßner fordert: "Der Zwangsanschluss muss jetzt beerdigt werden."

Das heißt: Beim Fernwärme-Anschlusszwang ist die CDU im Rat auf Stimmen der Opposition angewiesen. Kreßner betont in einer Mitteilung allerdings: Gegen Fernwärme an sich habe er nichts. Allerdings: "Die FDP kann sich einen Ausbau der Fernwärme nur über finanzielle Anreize vorstellen, nicht über Zwang. Die Stadt Flensburg hat seit Jahren Anreize geschaffen und so für ein dichtes Fernwärmenetz gesorgt."

Einen Anschlusszwang lehne die FDP hingegen grundsätzlich ab, weil er in den Wettbewerb eingreift: "Aus unserer Sicht ist es Willkür."

Braunschweig soll keine Vorreiterrolle einnehmen

Kreßner verweist darauf: "Wie schädlich ein Fernwärmezwang sein kann, wird doch auch dadurch deutlich, dass auch der Fernwärmeverband AGFW das Mittel des Zwangs ablehnt, da es als Image schädigend für die Fernwärme wirkt." Und nicht nur das: "Keine andere Stadt in Deutschland hat einen Anschlusszwang für Bestandsgebäude. Wir wollen nicht, dass Braunschweig hier eine zweifelhafte Berühmtheit erlangt."

Sorge, dass Monopol zu hohen Preisen führt

Kritisch sieht die FDP auch die Rolle von BS-Energy. Es sei verständlich, so Kreßner, dass BS-Energy sich diese Einnahme nicht entgehen lassen wolle. "Wir hingegen wollen Wettbewerb zu Gunsten der Bürger. Solange Strom- und Wärmeproduktion und deren Vertrieb aber in einer Hand liegen, ist es für Konkurrenten sehr schwer, in den Markt hinein zu kommen."

Die FDP befürchte daher, ein derartiges Monopol führe zwangsläufig zu hohen Preisen für den Verbraucher. Es sei schwierig, dass BS-Energy die Planungen und Kalkulationen im Bereich Fernwärme für die Stadt vornimmt.

Wichtig sei die Frage der Vergabe der Leistungen, und es sei verwunderlich, dass diese Frage bisher noch keine Rolle gespielt habe. "Wir sind der Auffassung, dass, sollte ein Anschlusszwang bekommen, was wir verhindern wollen, die Leistung ausgeschrieben werden müsste. Dies sieht das EU-Recht vor."